

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1980)
Heft: 3

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ENERGIESZENE

Energieforschung in der Schweiz: der Anteil der Kern- energie ist wieder gewachsen.

Eine Zusammenstellung der öffentlichen Ausgaben für die Energieforschung zeigt: Trotz drohender Energiekrise und grossartigen Beuerungen der Politiker bleibt fast alles beim Alten. Der Löwenanteil der Forschungsgelder geht nach wie vor in die Kernenergie, er ist sogar wieder gewachsen. Für die Sonnenenergie hingegen wird dieses Jahr weniger aufgewendet als 1979. Sogar die Internationale Energie-Agentur hatte das Gegenteil empfohlen.

Eineundsechzig Prozent der öffentlichen Gelder für die Energieforschung oder fast 60 Millionen Franken entfallen dieses Jahr auf die Kernenergie. Für erneuerbare Energien - das heisst Geothermie, Biomasse, Sonnenenergie, Wind, Wasser usw. - werden knapp fünfzehn Prozent oder vierzehn Millionen Franken aufgewendet, für die rationelle Energieverwendung sind es nur knapp zwölf Prozent. Dies geht aus einer "Liste der Forschungs- Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte auf dem Gebiet der Energie in der Schweiz" hervor, die vom Bundesamt für Energiewirtschaft gemeinsam mit dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft herausgegeben wurde.

Die Liste umfasst 336 Forschungsprojekte, die von der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden, Schweizerischer Nationalfonds) und dem Nationalen Energie-Forschungs-Fonds (NEFF) finanziert werden. Sie wurden aufgrund einer Umfrage zusammengestellt, die dieses Jahr nun zum zweiten Mal durchgeführt wurde.

Die Internationale Energie-Agentur - in der nur die reichen westlichen Industrieländer vertreten sind - hatte in ihrer letztjährigen Untersuchung der nationalen Forschungsprogramme empfohlen, die Schweiz solle grössere Anstrengungen auf dem Gebiet der Energiespartechiken und der Solartechnologie unternehmen. Die Aufwendungen für Kernenergie seien hingegen bereits angemessen. Die Schweizer Behörden aber taten genau das Gegenteil. Nur 2,3 Millionen wurden zusätzlich für die rationelle Energieverwendung vorgesehen, wäh-

rend die Kernenergie sechs Millionen Franken mehr als letztes Jahr bekommen soll. Das Sonnenenergiebudget von 9,7 Millionen (1979) wurde gar um 140'000 Franken gekürzt.

Diese Zahlen zeigen wieder einmal, dass es die Behörden mit dem Sparen nicht sonderlich ernst meinen, obwohl sie den kleinen Bürger mit grossem Werbeaufwand dazu aufrufen. Sparen, so wird von offizieller Seite immer wieder betont, könne am schnellsten zur Verminderung der gefährlichen Abhängigkeit vom Oel beitragen. Den grössten Zuwachs aber, das zeigt die detaillierte Aufteilung der Forschungsgelder, verzeichnet mit 3,85 Millionen die Kernfusion, die - wenn überhaupt - erst in ferner Zukunft einen namhaften Beitrag zur Energieversorgung liefern kann. Um diese hochkomplizierte, teure Grosstechnik, deren Anlagen wohl noch gigantischer sein werden als die heutigen Atomkraftwerke, und die beträchtliche Abwärme- und Atomüllprobleme mit sich bringt haben sich die Kritiker zu wenig gekümmert, obwohl sie rund ein Fünftel der Energie-Forschungsausgaben verschlingt.

Aufschlussreich ist der internationale Vergleich der Energie-Forschungsausgaben vom letzten Jahr. Nach den Angaben der Internationalen Energie-Agentur hat die Schweiz mit 61% für Kernenergie und 26% für rationelle Energieverwendung sowie erneuerbare Energien ähnliche Prioritäten wie die führenden Nuklearstaaten. Die Bundesrepublik gab 65% für Kernenergie und nur knapp 9% für Spartechniken und Alternativenenergien aus. In Grossbritannien waren es 65 und 14 Prozent in Kanada 65 und 21. Die USA gaben nur 43% für die Atomtechnik und 22% für Alternativen aus.

Völlig umgekehrt ist das Verhältnis in Schweden. Dort wurden 62% der Forschungsausgaben für umweltfreundliche Energietechniken aufgewendet: 32% für rationelle Energienutzung und 30% für erneuerbare Energiequellen. Nur 17% blieben für die Kernenergie. Allein für das Heizen mit Sonnenenergie wurden im nordischen Schweden pro Kopf dreieinhalb mal so viel Forschungsgelder ausgegeben wie in der Schweiz. Auch Oesterreich und Dänemark setzten andere Schwerpunkte, indem sie 42 bzw. 37% ihrer Energie-Forschungsgelder in Spartechniken und erneuerbare Energien steckten. rs.

Juristisches Dickicht

Kürzlich wurden in Bern sechs AKW-Gegner verurteilt. Die Bernischen

Kraftwerke wollten mit ihrer Ehrverletzungsklage ihre Kritiker finanziell schädigen und durch das Herumreiten auf überspitzten Formulierungen berechnete Vorwürfe als unwahr hinstellen. Die Berner Gerichtsbarkeit hat ihnen dabei geholfen. Ganz offen gab der Richter in der Urteilsbegründung seine Parteilichkeit zu: "Die Bernische Kraftwerke AG geniesst als halböffentliche Institution und Betreiber eines Kernkraftwerks ein ganz spezielles Vertrauen in der Öffentlichkeit".

Kurz vor der Abstimmung über die Atomschutzinitiative hatten die Berner Atomkraftgegner in Inseraten etwas überspitzt die Beschuldigungen wiederholt, die WWF und SES wenige Tage zuvor gegen Behörden und BKW erhoben hatten. Bezeichnenderweise hat die BKW nicht SES und WWF verklagt, sondern die mangels Detailkenntnis im hektischen Abstimmungskampf etwas unpräzise formulierenden AKW-Gegner. Denn gegen SES und WWF hätten die BKW den Prozess verloren, weil unsere Behauptungen zutreffend waren. In ihren empörten Stellungnahmen hatten die Behörden lediglich unklare Reglemente und Gesetze anders interpretiert und Behauptungen widerlegt, die nie aufgestellt wurden. In einer späteren Aussprache musste Prof. Huber, Präsident der Eidg. Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität schliesslich eingestehen, unsere Interpretation sei "nicht ganz abwegig gewesen" und versprach, sich für eine andere Fassung der Reglemente einzusetzen. Die Behörden sahen sich gezwungen, der lange unbeachteten Direktstrahlung bei Mühleberg genauer nachzugehen. Für die Öffentlichkeit jedoch blieb der komplizierte juristische Interpretationsstreit undurchsichtig.

Bei ihrer Behauptung, das Brennelementlager in Mühleberg sei "heimlich" in ein Kompaktlager umgebaut worden, hatten sich die Berner AKW-Gegner im Dschungel erstaunlich widersprüchlicher und geheimnistuerischer Informationen auf eine klare Aussage des Regierungsrates gestützt. Obwohl zwei Regierungsräte im Verwaltungsrat der BKW sitzen und auch Grossrat Lutz, Direktor des AKW Mühleberg damals nicht gegen die Antwort der Berner Regierung einwendete, scheute sich die BKW nicht, die Atomkraftgegner später wegen derselben Behauptung einzuklagen. Der Richter hat nun mit seinem Urteil diese undurchsichtige und irreführende Informationspolitik gedeckt.

Wieder einmal zeigt sich, dass ein juristisches Dickicht Atomindustrie und Kontrollbehörden wirksam vor unliebsamer Kritik Aussenstehender abschirmen kann. Wir werden die Berner AKW-Gegner finanziell und bei ihrem weiteren Vorgehen unterstützen. ses